

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frank Schäffler, Christian Dürr, Dr. Florian Toncar, Bettina Stark-Watzinger, Markus Herbrand, Katja Hessel, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Karsten Klein, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Till Mansmann, Roman Müller-Böhm, Dr. Martin Neumann, Bernd Reuther, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Christian Sauter, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Katja Suding, Linda Teuteberg, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich, Sandra Weeser und der Fraktion der FDP

Home-Office bei Bundesministerien und privaten Unternehmen in Deutschland

Im Zuge der Corona-Epidemie arbeiten Arbeitnehmer und Beamte zunehmend von zu Hause aus im sogenannten Home-Office. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, ein Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit, geht davon aus, dass 2017 bereits 22 Prozent der Beschäftigten aus privatwirtschaftlichen Betrieben mit mindestens 50 Angestellten zumindest gelegentlich von zu Hause gearbeitet haben, das Potenzial allerdings noch lange nicht ausgeschöpft wurde. In „klassischen Bürojobs“ könnten bis zu 30 Prozent der Beschäftigten zusätzlich im Home-Office arbeiten (<https://www.iab-forum.de/homeoffice-in-zeiten-von-corona-in-vielen-berufen-gibt-es-bislang-ungenutzte-potenziale/>).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, welcher Anteil der Arbeitnehmer in Deutschland (teilweise) von zu Hause aus arbeitet?
 - a) Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, wie sich der Anteil in den letzten zehn Jahren entwickelt hat?
 - b) Hat die Bundesregierung Kenntnisse über die Verteilung der Home-Office-Nutzung auf die unterschiedlichen Branchen?
 - c) Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, welcher Anteil der Arbeitnehmer in der Europäischen Union (teilweise) von zu Hause aus arbeitet?

2. Plant die Bundesregierung Maßnahmen, welche es Arbeitnehmern in Deutschland in Zukunft erleichtert, von zu Hause aus zu arbeiten?
 - a) Wenn ja, welche?
 - b) Wenn ja, mit welchem Zeitplan?
 - c) Wenn ja, welchen Zuwachs an Arbeitnehmern im Home-Office erwartet die Bundesregierung durch die jeweiligen Maßnahmen?
3. Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, welcher Anteil der Beamten und Angestellten bei Bundesministerien (teilweise) von zu Hause aus arbeitet?
 - a) Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, wie sich der Anteil in den letzten zehn Jahren entwickelt hat?
 - b) Hat die Bundesregierung Kenntnisse über die Verteilung in den unterschiedlichen Bundesministerien (bitte aufschlüsseln)?
4. Ist es nach Kenntnis der Bundesregierung im Zuge der Corona-Epidemie zu einer verstärkten Nutzung des Home-Office bei Beamten und Angestellten der Bundesministerien gekommen?
5. Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, welcher Anteil der Beamten und Angestellten bei nachgelagerten Bundesbehörden (teilweise) von zu Hause aus arbeitet?
 - a) Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, wie sich der Anteil in den letzten zehn Jahren entwickelt hat?
 - b) Hat die Bundesregierung Kenntnisse über die Verteilung in den unterschiedlichen Bundesbehörden?
6. Ist es nach Kenntnis der Bundesregierung im Zuge der Corona-Epidemie zu einer verstärkten Nutzung des Home-Office bei Beamten und Angestellten der nachgelagerten Bundesbehörden gekommen?
7. Plant die Bundesregierung Maßnahmen, welche es Beamten und Angestellten der Bundesministerien bzw. der nachgelagerten Bundesbehörden in Zukunft erleichtert, von zu Hause aus zu arbeiten?
 - a) Wenn ja, welche?
 - b) Wenn ja, mit welchem Zeitplan?
 - c) Wenn ja, welchen Zuwachs an Beamten und Angestellten im Home-Office erwartet die Bundesregierung durch die jeweiligen Maßnahmen in den jeweiligen Institutionen?

Berlin, den 29. April 2020

Christian Lindner und Fraktion